



### Presseschau vom 29.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Susan Bonath: Versorgungskrise: Kliniken sind nicht überbelegt, sondern unterbesetzt**

Corona bringt viele Krankenhäuser in Not. Gründe sind wohl weniger eine Überbelegung als Personalmangel und Profitzwang, wie Zahlen von fast 300 Kliniken nahelegen. Es gab weniger schwere Intensivfälle als 2019, und offenbar führt sogar verfrühte Beatmung zu mehr Todesfällen. ...

<https://kurz.rt.com/2dr5>

#### **Natalia Pawlowa: Kampfdrohnen: Militärexperten bewerten Hauptschwäche und Gefahr für Zivilisten**

In der aktuellen Debatte in Deutschland geht es darum, ob neue Drohnen vom Typ Heron TP bewaffnet werden sollen. Der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans und Fraktionschef Rolf Mützenich hatten die Bewaffnung der unbemannten Fluggeräte auf Eis gelegt. Bei den Koalitionspartnern von CDU und CSU sorgte dies für Empörung. ...

<https://snanews.de/20201228/kampfdrohnen-hauptschwaeche-gefahr-314013.html>

#### **Rainer Rupp: Medizin gegen politischen Brechreiz**

Die aktuellen deutsch-russischen Beziehungen sind schlecht. Doch nicht jeder macht dafür nur die russische Regierung verantwortlich. Der frühere DDR-Top-Agent bei der Nato, Rainer Rupp, sieht eine aggressive Politik der Bundesregierung am Werk. In diesem Gastkommentar ruft er zu einer symbolischen Aktion der gelebten Völkerverständigung auf. ...

<https://snanews.de/20201229/russland-deutschland-krise-328322.html>

**abends/nachts:**

snanews.de: **Abkommen EU-China noch nicht unterschriftsreif - Brüssel spricht jedoch von Fortschritten**

Die Verhandlungen zwischen China und der EU über ein Investitionsabkommen, die seit sieben Jahren geführt werden, dürften die Zielgerade erreicht haben. Die EU-Kommission habe die EU-Länder über neue positive Entwicklungen informiert, sagte ein Diplomat am Montag nach einer Sitzung der EU-Botschafter. Das betreffe auch das Thema Arbeitsrechte.

**Botschafter weisen auf Fortschritte hin**

Der Deutschen Presse-Agentur zufolge haben die Botschafter die Fortschritte begrüßt. Die deutsche Ratspräsidentschaft habe zum Abschluss des Botschaftertreffens festgehalten, dass kein EU-Staat ein Stoppsignal gegeben habe und damit „der Weg für die politische Unterstützung geebnet“ sei, hieß es.

Aber eine Einigung mit Peking gibt es nach Worten einer Kommissionssprecherin noch nicht. Die Verhandlungen liefen noch, eine Prognose sei schwer abzugeben.

**Differenzen noch vorhanden**

Den Angaben zufolge waren die Gespräche zuletzt ins Stocken geraten. Es gebe noch viele Differenzen. Vor allem die Frage der Arbeitsrechte sei strittig. Kritiker des Abkommens fordern Vorkehrungen gegen Zwangsarbeit.

Eigentlich streben die EU und China bis Jahresende zumindest eine grundsätzliche Einigung an. Doch es sei „Sand im Getriebe“, hieß es in der Vorwoche. Das Abkommen gilt als der umfassendste Versuch der EU, das Verhältnis mit Wirtschaftsmacht China neu aufzustellen, hieß es. China ist nach den USA Europas zweitwichtigster Handelspartner.

wpered.su: **In Donezk übergaben Kommunisten Neujahrsgeschenke an Kinder**  
Heute, am 28. Dezember, haben Vertreter der Bezirksorganisation der KP der DVR des Petrowskij-Bezirks von Donezk und der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass Neujahrsgeschenke an Donezker Kinder übergeben, die in der Uliza Oselenitelej leben. Die Veranstaltung fand mit Unterstützung der KPRF und des Allrussischen Frauenverbands „Nadeshda Donbassa“ statt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

snanews.de: **Knapp 70 Grabsteine auf Friedhof in Frankreich mit Hakenkreuzen beschmiert**

Dutzende Gräber sind Berichten zufolge auf einem Friedhof im französischen Fontainebleau im Département Seine-et-Marne mit Hakenkreuzen beschmiert worden.

Demnach sind Hakenkreuze am Montagmorgen auf 67 Gräbern entdeckt worden.

Der Bürgermeister Frédéric Valletoux sprach gegenüber Medien von einem „abscheulichen Verbrechen“. Er sei „empört und angewidert“, schrieb Bürgermeister Frédéric Valletoux am Montag auf Twitter.

Die betroffenen Familien sollen so schnell wie möglich benachrichtigt und die Grabsteine dann gereinigt werden. Der Bürgermeister kündigte an, Anzeige zu erstatten.

Valletoux gab auch an, dass die Inschriften „in verschiedenen Farben“ gemacht worden seien, was darauf hindeuten könne, dass es „mehrere“ Verbrecher gewesen seien.



[https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1d/323328\\_0:101:1920:1181\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_10fe73cf5cac420b335f89bd4e3ca3b7.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1d/323328_0:101:1920:1181_1440x0_80_0_0_10fe73cf5cac420b335f89bd4e3ca3b7.jpg)

### snanews.de: **Nord Stream 2: Bau der Gasleitung in Deutschland abgeschlossen**

Das Unternehmen Nord Stream 2 AG hat am Montag gegenüber dem Medienunternehmen RBK bekanntgegeben, die Rohrverlegung für die deutsch-russische Gasleitung Nord Stream 2 in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) abgeschlossen zu haben.

„Wir haben diese Bauarbeiten abgeschlossen“, teilte das Unternehmen mit.

Die Rohrverlegung sei auf einem 2,6 Kilometer langen Abschnitt in deutschen Gewässern in einer Tiefe von weniger als 30 Metern durchgeführt worden, hieß es.

Außenminister Heiko Maas gab zuvor an, im Streit mit Washington um das Gasprojekt Nord Stream 2 auch nach Bidens Amtseinführung nicht nachgeben zu wollen. Laut dem Minister wird es keine Kursänderung in dieser Frage von Seiten Deutschlands geben.

„Wir brauchen nicht über europäische Souveränität zu reden, wenn dann darunter verstanden wird, dass wir in Zukunft alles nur noch machen, wie Washington es will“, so der SPD-Politiker.

Zuvor hatte der stellvertretende Ministerpräsident Russlands, Alexander Nowak, gesagt, der Bau der Gaspipeline sei „in einem hohen Maß an Bereitschaftszustand“. Es sei ein kommerzielles Projekt, an dem hauptsächlich europäische Partner interessiert seien, hieß es.

„Ich bin sicher, dass Nord Stream 2 fertiggestellt wird, zumal wir heute bereits Schritte unternehmen, um es fertigzustellen“, sagte Nowak gegenüber russischen Medien. ...

### **vormittags:**

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. Dezember 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

### snanews.de: **Nawalny verletzt Bewährungsauflagen – russische Strafvollzugsbehörde**

Der in Russland zu fünf Jahren auf Bewährung verurteilte Blogger Alexej Nawalny verletzt laut der russischen Strafvollzugsbehörde die Auflagen nach seinem Urteil. Darüber hinaus könnte die Behörde in Moskau die Aufhebung der bedingten Strafe beantragen und sie durch eine reale Haftstrafe ersetzen.

Als Grund dafür gab die Behörde den Beitrag in der Fachzeitschrift „The Lancet“ vom 22.

Dezember an, laut dem Nawalny am 20. September aus der Berliner Klinik Charité entlassen wurde. Als gesund galt er laut dem Beitrag seit dem 12. Oktober, befindet sich aber immer noch in Deutschland.

Der Blogger sei über die Notwendigkeit informiert worden, sich bei der Strafvollzugsbehörde in Moskau zu melden.

Nawalny ist in Russland in zwei Fällen wegen Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro zu jeweils fünf Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden.

### **Hintergrund**

Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Flug von Tomsk nach Moskau zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Charité entlassen.

Zu den Vorwürfen, es hätte sich um einen Anschlag gehandelt, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow, dass Nawalneys Vergiftung bislang nicht belegt worden sei. Moskau warf dem Oppositionellen „Größenwahn“ und „Verfolgungswahn“ vor, nachdem dieser Anschuldigungen gegen den Inlandsgeheimdienst FSB erhoben hatte.

Wegen des Falls Nawalny verhängten die Europäische Union und Russland gegenseitig Sanktionen.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0e/155077\\_0:0:2280:1284\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_fa6ec7a9fcfcd86765c8aaa2d9c6b2e9.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0e/155077_0:0:2280:1284_1440x0_80_0_0_fa6ec7a9fcfcd86765c8aaa2d9c6b2e9.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Dezember 3:00 Uhr bis 29. Dezember 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Mörser 120mm – einmal (15 Mörsergeschosse); Antipanzergranatwerfer – 8 Granaten.

Richtung Donezk: automatische Granatwerfer – 15 Granaten.

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – dreimal (42 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Nowaja Tawrija, Leninskoje.**

Um 13:30 Uhr wurde im Gebiet von Showanka eine Detonation während der Durchführung technischer Arbeiten durch die BFU festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 80.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Spanien: Impf-Verweigerer kommen in Sonderregister**

Wer sich in Spanien nicht impfen lassen will, soll in einem Register erfasst werden. Das kündigte Gesundheitsminister Salvador Illa in einem Gespräch mit dem Sender La Sexta am Montag an. Zwar ist die Impfung freiwillig, Daten über Verweigerer würden aber den „europäischen Partnern“ zur Verfügung gestellt.

Jeder Bürger wird laut Illa im Einklang mit dem Impfplan eine Einladung zu einem Impftermin erhalten. Wer der Einladung nicht folgt, soll registriert werden. Dabei beteuerte der Minister, dass personelle Daten rigoros geschützt werden, das Register sei nicht öffentlich. Die Impfkampagne gegen Covid-19 begann in Spanien wie auch in anderen EU-Ländern am Sonntag. Als erste wurde eine 96-jährige Frau geimpft. In den kommenden Wochen will die Regierung in Madrid etwa 2,3 Millionen Bürger impfen. Bis zum Sommer soll die Mehrheit der 47 Millionen Menschen im Land immunisiert sein.

In Spanien sind seit dem Beginn der Pandemie mehr als 50.000 Menschen an Covid-Folgen gestorben. Die Zahl der Neuinfektionen je 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen ist laut dem Gesundheitsministerium des Landes auf 107 leicht zurückgegangen. In Deutschland lag dieser Wert am Montag laut Robert Koch-Institut bei 158.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1d/323573\\_0:187:2979:1863\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_b4a556eb9040cb80da28239fbc25ce15.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1d/323573_0:187:2979:1863_1440x0_80_0_0_b4a556eb9040cb80da28239fbc25ce15.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 29. Dezember um 9:00 Uhr 2059 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1730 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 172 Todesfälle.

мздр.рус: Am 28. Dezember wurden in der DVR 447 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 171 positiv, bei 52 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinisch gestellt.

Am 29. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 14.898 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4897 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 8663 als gesund entlassen, es gibt 1338 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 126 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 24 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 103 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1760 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 654 mit Sauerstoffunterstützung (+28 in den letzten 24 Stunden).

### snanews.de: **Corona-Pandemie als verheerendes Beispiel: Nato kündigt Verstärkung von Biowaffenabwehr an**

Angesichts der verheerenden Folgen der Corona-Pandemie plant die Nato die Verstärkung ihrer Biowaffenabwehr, teilte dpa mit.

Nach Ansicht von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg stellt das Coronavirus Gefahren dar, die im Zusammenhang mit dem Einsatz biologischer Kampfstoffe entstehen. Aus diesem Grund müsse die Gefahrenabwehr verstärkt werden. Das Bündnis sei bereits auf dem Weg zur Verbesserung des Austauschs von Geheimdiensterkenntnissen, was mögliche Biowaffenangriffe verhindern sollte.

„Diese Waffen sind genauso wie chemische Waffen völkerrechtlich verboten, aber wir müssen auf ihren Einsatz vorbereitet sein, weil wir wissen, dass es diese Waffen immer noch gibt“, erklärte Stoltenberg. Deren Einsatz könnte sowohl von staatlichen Akteuren als auch von Terroristen organisiert werden.

Sollte es einen Biowaffen-Anschlag mit Hunderttausenden Toten geben, könnte die Nato mit konventionellen oder nuklearen Waffen darauf reagieren. „Die Nato besitzt keine verbotenen Waffen, aber wir haben ein ganzes Spektrum an Fähigkeiten, um darauf angemessen zu antworten“, erklärte der Sekretär. Sollte solch ein Anschlag mit Biowaffen Artikel 5 zur kollektiven Verteidigung auslösen, könnte die Nato all diese Fähigkeiten nutzen.

Was die aktuelle Corona-Situation betrifft, stehe die Allianz weiterhin bereit, zu helfen. So könnte sie die Verteilung der Impfstoffe unterstützen. Das Nato-Zentrum für Katastrophenschutz organisiere bereits seit Monaten Unterstützung in anderen Bereichen.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1d/323694\\_0:0:3000:1688\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_27d55fa62f42cfd7b72430f722967155.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1d/323694_0:0:3000:1688_1440x0_80_0_0_27d55fa62f42cfd7b72430f722967155.jpg)

Lug-info.com: In Altschewsk wurde die Heizungsversorgung von 47 Häusern wieder in Betrieb genommen, bei insgesamt 386 war vorgestern die Heizung ausgefallen. An der Inbetriebnahme der gesamten Heizungsversorgung wird weiter gearbeitet.

Um 14:00 Uhr waren es dann bereits 88 Häuser.

**nachmittags:**

snanews.de: **Nachfolge des Dalai-Lama: USA drohen China mit Sanktionen im Fall von Einmischung**

Der US-Präsident Donald Trump hat nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP ein Gesetz unterzeichnet, das Sanktionen gegen Peking im Fall einer chinesischen Einmischung in die Nachfolge des Dalai-Lama vorsieht.

Von den Gläubigen wird angenommen, dass nach dem Tod eines Dalai-Lama seine Wiedergeburt aufgefunden werden könne. Hierfür werden von der Ordensführung häufig mehrere Findungskommissionen autorisiert, die aus hochrangigen Mönchen bestehen.

Der derzeitige 14. Dalai-Lama ist 85 Jahre alt und könnte seine Nachfolge womöglich bald regeln. Das geistliche Oberhaupt der Tibeter hatte es unter anderem für möglich erklärt, dass er ein Mädchen für seine Nachfolge auswählen werde oder dass es keinen weiteren Dalai-Lama geben solle.

Mit dem Abtritt der charismatischen Führungsfigur könnte Peking versuchen, sich in die Kür des Nachfolgers einzumischen, so die Agentur.

Demzufolge sieht das US-Gesetz für Tibet vor, dass die Auswahl, Erziehung und Verehrung des Dalai-Lama und anderer angesehenster Mönche „ausschließlich spirituelle“

Angelegenheiten seien, die von den „entsprechenden religiösen Autoritäten in der tibetischen buddhistischen Tradition getroffen“ werden sollten.

Die Vereinigten Staaten würden Offizielle mit Sanktionen belegen, die „direkt mit der Identifizierung und der Amtseinführung des zukünftigen 15. Dalai-Lama der tibetischen Buddhisten beeinträchtigen“ würden, zitiert die AFP aus dem Gesetz.

Es schließt außerdem die Eröffnung neuer US-Konsulate in China aus, bis auch für die Eröffnung eines Konsulats in der tibetischen Hauptstadt Lhasa eine Genehmigung erteilt wird. Das chinesische Außenministerium teilte am Montag laut der Nachrichtenagentur Reuters mit, es lehne die neue US-Regelung entschieden ab. Mit Tibet verknüpfte Fragen seien innere Angelegenheiten Chinas.

Tibet, der Stammsitz der Dalai-Lama, ist eine autonome chinesische Region im Hochland des Himalaya-Gebirges. Tibet besaß bis ins 20. Jahrhundert hinein ein eigenes Staatswesen. Die gegenwärtige Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik China ist völkerrechtlich umstritten.

Seit 1959 besteht eine tibetische Exilregierung, die international nicht anerkannt ist, aber von vielen Ländern unterstützt wird.

Nach AFP-Angaben gibt es „wachsende Besorgnis“, dass Peking so auf die Kür des künftigen Dalai-Lama hinwirken würde, dass die Bewegung für die Unabhängigkeit Tibets absterben werde.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1d/325049\\_0:82:3010:1775\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_b9e2b7ba4d23857b7a1cae1394b08bb9.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1d/325049_0:82:3010:1775_1440x0_80_0_0_b9e2b7ba4d23857b7a1cae1394b08bb9.jpg)

### deu.belta.by: **Aktionsprogramm der Regierung von Belarus bis 2025 genehmigt**

In Belarus wurde das Aktionsprogramm der Regierung von Belarus bis 2025 genehmigt. Das sieht die Verordnung des Ministerrats Nr. 758 vom 24. Dezember 2020. Das berichtet die Nachrichtenagentur BelTA unter Berufung auf das Nationale Rechtsportal.

Das Dokument spiegelt die Hauptaktivitäten der Regierung zur Erreichung der Ziele, zur Lösung der Aufgaben und zur Umsetzung der Bestimmungen des Programms der sozioökonomischen Entwicklung von Belarus für 2021-2025 wider. Das Hauptziel der Aktivitäten ist es, Bedingungen zu schaffen, die eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, ein Wachstum des Wohlstands und des Lebensstandards der Bevölkerung gewährleisten.

Das Programm enthält das Kapitel „Schaffung von Bedingungen für die Verbesserung des Lebens der Bevölkerung“, insbesondere den Abschnitt „Stabiles Wachstum des Einkommens der Bevölkerung“, dessen erwartetes Ergebnis die Sicherstellung eines stabilen Wachstums des Einkommens der Bevölkerung als Grundlage für ihr prosperierendes und qualitatives Leben ist. Dieser Abschnitt sieht vor, die Löhne im öffentlichen Sektor insgesamt und für bestimmte Kategorien von Arbeitnehmern schneller zu erhöhen und ein stabiles Wachstum der Löhne für die Arbeitnehmer zu gewährleisten. Es wird erwartet, dass sich das Lohnniveau von niedrig bezahlten Arbeitnehmerkategorien und das Rentenniveau erhöhen werden. Es sind ein schrittweiser Übergang zu einem proaktiven Rentensystem und der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Rentenversorgung vorgesehen.

Das Dokument enthält auch solche Kapitel wie „Aufrechterhaltung des makroökonomischen Gleichgewichts und der Finanzstabilität“, „Entwicklung der Initiative, des Unternehmertums und des Wettbewerbs“, „Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung und Erhöhung der Rendite des Staatsvermögens“, „Verbesserung der Effizienz der Durchführung von Investitionen in die Wirtschaft“, „Erhöhung der Innovativität der Wirtschaft“ u.a.

Die nationalen Organe der Staatsverwaltung und andere staatliche Organisationen, die der Regierung unterstellt sind, die Gebietsregierungen und das Exekutivkomitee der Stadt Minsk wurden angewiesen, dem Wirtschaftsministerium bis zum 1. März des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres Informationen über die Umsetzung des Programms vorzulegen und gegebenenfalls Vorschläge zu dessen Präzisierung zu machen.

Das Wirtschaftsministerium ist verpflichtet, dem Ministerrat bis zum 1. April des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres zusammenfassende Informationen über die Umsetzung des Programms zu übermitteln und ggf. Vorschläge zu dessen Präzisierung zu machen. Die Vizepremier sind für die Überwachung der Umsetzung der Verordnung gemäß der Verteilung der Zuständigkeiten verantwortlich.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000021\\_1609237726\\_54883\\_big](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1609237726_54883_big)

[.jpg](#)

## deutsch.rt.com: **Impfkampagne mit Sputnik V in Argentinien: Präsident Fernández sieht Handelskrieg hinter Kritik**

Am Dienstag startet Argentinien Massenimpfungen mit dem russischen SARS-CoV-2-Vakzin Sputnik V. Zunächst sollen insgesamt 300.000 Dosen verabreicht werden. Präsident Alberto Fernández sieht hinter der Debatte um diverse Impfstoffe Geopolitik und Handelskrieg. Kurz vor dem Start einer groß angelegten Impfkampagne mit dem russischen Corona-Impfstoff Sputnik V in Argentinien hat sich Präsident Alberto Fernández in einem Fernsehinterview über die Polemik rund um die Herkunft der Vakzine geäußert. Im Programm Desiguales des Senders TV Pública betonte der Politiker, dass Präparate gegen die Krankheit COVID-19 weltweit äußerst begehrt seien:

„Es gibt sieben Milliarden Menschen, die auf einen Impfstoff warten. Dies bedeutet einen beeindruckend großen Markt.“

Fernández schätzt diesen Markt auf mehrere Milliarden US-Dollar ein. Ihm zufolge gibt es daher einen sehr harten, „ruchlosen und niederträchtigen Streit“, bei dem sich die Beteiligten gegenseitig in Verruf bringen möchten.

„Ein Handelskrieg ist entfesselt worden. Da außerdem die Welt sich einen Impfstoff wünscht, kommt es zu einem geopolitischen Streit darüber, wer seinen Impfstoff durchsetzt. Und ausgerechnet das beobachten wir meiner Meinung nach im Fall des Gamaleja-Vakzins, des Instituts, das den russischen Impfstoff entwickelt hat.“

Der argentinische Staatschef äußerte seine Meinung, dass die Polemik um diverse SARS-CoV-2-Impfstoffe in Argentinien von unterschiedlichen politischen Sektoren missbraucht werde, indem der betreffende Impfstoff zum Spielball der jeweiligen Partei werde.

Dabei wollte Fernández selbst keinen der schon existierenden COVID-19-Impfstoffe hervorheben. Sollte AstraZeneca letztendlich ein Vakzin entwickeln, das zwischen zwei und acht Grad Celsius haltbar wäre, wäre das ein gutes Vakzin, da man es in einem herkömmlichen Kühlschrank aufbewahren könnte. Der Impfstoff von Pfizer sei dagegen für Argentinien nicht die zugänglichste Option, da es im ganzen Land lediglich sieben Lager mit der erforderlichen Temperatur von mindestens minus 70 Grad Celsius gebe, so der Staatschef. Argentinien ist das erste Land in der Region, in dem Menschen ab Dienstag mit dem russischen Impfstoff Sputnik V immunisiert werden. Zunächst hat Russland an das südamerikanische Land 300.000 Dosen des Präparats geliefert. Im Januar sollen dort voraussichtlich weitere fünf Millionen Dosen eintreffen. Im Februar werden es weitere 14,7 Millionen Dosen sein. Da für jede zu impfende Person zwei Dosen erforderlich sind, plant die Regierung von Buenos Aires im ersten Trimester 2021 damit bis zu zehn Millionen Menschen gegen die Krankheit COVID-19 immun machen zu können. Zwischen März und April soll in Argentinien dann eine Impfkampagne mit dem Vakzin von AstraZeneca beginnen. Der Entwickler hat dem südamerikanischen Land 22 Millionen Dosen vorab verkauft. Verhandelt wird auch mit den Firmen Pfizer, Sinopharm, Sinovac und Janssen sowie Johnson & Johnson.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.12/article/5feaf2dd48fbef3a305d98d7.JPG>

### snanews.de: **Russland schränkt Einreise für hochrangige deutsche Sicherheits- und Geheimdienstler ein**

Russland hat als Antwort auf EU-Sanktionen wegen des angeblichen Hackerangriffs auf den Deutschen Bundestag im Jahr 2015 Einreiseverbote für einige hochrangige Mitarbeiter der deutschen Sicherheits- und Geheimdienststrukturen eingeführt.

Wie das russische Außenministerium am Dienstag mitteilte, habe Berlin lange das Sujet über die vermeintliche „russische Spur“ im Zusammenhang mit dem Hackerangriff auf den Bundestag aufgedreht, um einen Vorwand für einseitige EU-Sanktionen zu schaffen. Infolgedessen wurden im Oktober dieses Jahres Restriktionen gegen zwei russische Bürger und eine Organisation festgelegt.

Moskau habe Deutschland mehrmals vorgeschlagen, aufgrund von in Berlin vorhandenen Angaben bilaterale Konsultationen durchzuführen, um die Quelle der böswilligen Attacke festzustellen. Der Vorschlag sei aber hartnäckig ignoriert worden.

„Solch ein Herangehen zeugt davon, dass Berlin nie an einer wirklichen Ermittlung des sogenannten Falls über russische Hacker interessiert war und die ganze Situation von Anfang an als eine weitere Provokation gegen unser Land konstruiert wurde“, hieß es in einer Mitteilung.

Die russischen Sanktionen seien eine Antwort auf die „destruktiven Handlungen vonseiten der EU“.

Die EU hatte im Oktober wegen der Hackerangriffe im Frühling 2015 auf den Deutschen Bundestag, bei denen die Postfächer von einigen Abgeordneten, darunter von Angela Merkel, betroffen wurden, neue Russland-Sanktionen verhängt. Betroffen sind zwei hochrangige Mitarbeiter der russischen Streitkräfte sowie eine für Cyberangriffe verantwortlich gemachte Militäreinheit. Für diese Personen gelten EU-Einreiseverbote. Die EU kann außerdem ihre Vermögenswerte einfrieren.

### Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29. Dezember 2020**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **achtmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt** und 52 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 23 Granaten abgefeuert. Alle Beschießungen von Seiten der feindlichen Einheiten erfolgten unmittelbar aus Ortschaften. Indem sie Mörsermannschaften in Höfen von Wohngebieten von Wodjaonje,

Marjinka, Schumy stationieren und provokativ schießen, verwenden die ukrainischen Kämpfer zynisch die Zivilbevölkerung als „lebenden Schild“.

Die Soldaten der Volksmiliz ihrerseits haben das Feuer nicht erwidert, um das Leben und die Gesundheit der in den von den BFU kontrollierten Ortschaften zu bewahren.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 503. Marineinfanteriebataillons der 35. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen dreimal das Feuer von den Positionen im Gebiet von Schumy auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka eröffnet und zehn 120mm-Mörsergeschosse und acht Granaten mit Antipanzergranatwerfern auf die Siedlung abgefeuert.

Außerdem haben unsere Beobachter festgestellt, dass der Gegner in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen **technische Arbeiten im Gebiet von Showanka** durchführte, bei denen eine Detonation bemerkt wurde.

In **Richtung Donezk** haben die zur Rotation eingetroffenen Kämpfer der 28. Brigade der BFU in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Martschenko von einem Wohngebiet in Marjinka aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde ein privates Haus in der Raborowskij-Straße 1 beschädigt. Durch glücklichen Zufall wurde niemand der örtlichen Einwohner verletzt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen in Wodjanoje aus dreimal das Feuer von getarnten Positionen mit 120mm-Mörsern auf **Leninskoje** und **Nowaja Tarwija** eröffnet und 42 Mörsergeschosse abgefeuert.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU die **technischen Arbeiten im Gebiet von Wodjanoje fortgesetzt**, dabei wurde eine Sprengung des Erdbodens festgestellt. Die Durchführung technischer Arbeiten wurde auch auf den Positionen des 1. Bataillons der 72. Brigade der BFU im Gebiet von Werchnetorezkoje festgestellt.

Alle Sacherhalte wurden den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu verhindern und Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die militärisch-politische Führung der Ukraine zu zwingen, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen, schriftlich von der ukrainischen Seite zu fordern, dass sie genaue Ermittlungen zu den Fällen der Eröffnung des Feuers durchführt, um die Kommandeure der 36. Marineinfanteriebrigade Gnatow und der 28. mechanisierten Brigade Martschenko strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Die Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie verbinden wir mit der Unfähigkeit des kommissarischen Kommandeurs der OOS Ganaschtschuk, die Kontrolle über die Aktivitäten der Kommandeure von Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zu organisieren. Im Zusammenhang damit nehmen das Gewährenlassen und die fehlende Kontrolle gegenüber den Untergebenen in den Reihen der bewaffneten Formationen ein immer größeres Ausmaß an.

**Der Gegner stationiert weiter Waffen und Technik in Ortschaften** und gefährdet Leben und Gesundheit örtlicher Einwohner. In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen, der ein Verbot der Stationierung von Waffen in Ortschaften und in deren Umgebung vorsieht, wurden in den letzten 24 Stunden acht Stück Waffen und Militärtechnik der BFU entdeckt, darunter zwei 120mm-Artilleriegeschütze 2S9 „Nona-S“ aus dem Bestand der 72.

mechanisierten Brigade in Krasnoarmejsk, drei Schützenpanzer aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade in Wesjoloje und ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade in der Nähe eines Wohngebiet von Pionerskoje.

Um die Waffen und Technik zu verheimlichen, setzten die ukrainischen bewaffneten Formationen Mittel der elektronischen Kriegsführung ein, um die **Leistungs- und**

**Navigationssignale von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.** So wurde in den Verantwortungsbereichen der 53. und 72. mechanisierten Brigade sowie der 35. Marineinfanteriebrigade in den Gebieten von Bogdanowka, Awdejewka, Wesjoloje bzw. Nowgorodskoje die Aktivität von Stationen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 35. Brigade der BFU bemerkt. Neben der Zunahme der Zahl des Beschusses von Seiten der BFU haben wir einen **Versuch festgestellt, eine Kampfdrohne am nordwestlichen Rand von Donezk einzusetzen.** So haben unsere Beobachter den Abflug einer Drohne von den Positionen des 2. Bataillons der 72. Brigade der BFU im Gebiet von Awdejewka bemerkt. Nach einem kurzen Flug stürzte die feindliche Drohne auf das Territorium des Gegners, wobei eine Detonation erfolgte. Uns ist bekannt, dass im Gebiet von Awdejewka zwei Filmteams der Fernsehkanäle „5. Kanal“ und „France 24“ arbeiten, um inszenierte Reportagen zu erstellen. Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Kämpfer durch den Einsatz der Kampfdrohne planten, unsere Soldaten zur Erwidern des Feuers zu provozieren. Es ist ein **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU** festzustellen. Unter dem Personal des 1. Bataillons der 36. Brigade der BFU wird derzeit aktiv die Information über eine Verschiebung der Rotation, die für den Januar 2021 geplant war, auf unbestimmte Zeit verbreitet. Ursache dafür waren die schwierige epidemiologische Lage und die geringe Personalausstattung der für den Abmarsch in die OOS-Zone vorgesehenen Einheiten der 10. Gebirgstruppenbrigade. Vor dem Hintergrund von Ermüdung und Unwillen, sich an den Frontpositionen aufzuhalten, wurde ein Selbstmordversuch des Matrosen Winnik, als dieser sich auf einem Posten im Gebiet von Pawlopol befand, unter Einsatz einer Schusswaffe bekannt. In der Folge wurde der Kämpfer mit einer Schusswunde am Bauch in das Hospital von Mariupol eingeliefert. Das Kommando des Stabs der OOS plant ein weiteres Mal, diesen nicht kampfbedingten Verlust als Ergebnis von Kampfhandlungen auszugeben, um die Volksrepublik zu beschuldigen.

Deu.belta.by: **Erhaltung von Frieden und Einheit in Belarus ist am wichtigsten**

Die Erhaltung von Frieden und Einheit in Belarus ist am wichtigsten. Diese Meinung äußerte das Mitglied des Rats der Alten beim Präsidium des Rats der Republik der Nationalversammlung der siebten Einberufung, Nadeshda Jermakowa, auf die Frage von Journalisten über die Erwartungen von der 6. Allbelarussischen Volksversammlung, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

„Ich möchte, dass die Allbelarussische Volksversammlung jene Beschlüsse verabschiedet, die dann in die Praxis umgesetzt werden. Viele Vorschläge wurden bereits geäußert. Und es ist gut, dass es offene Dialogplattformen gibt, auf denen jeder seine Meinung äußern kann, und die dann von Experten zusammengefasst werden“, bemerkte Nadeshda Jermakowa.

Das Mitglied des Rats der Alten fügte hinzu: „Das Wichtigste, was wir bestimmen müssen, ist, wie wir den Frieden, die Einheit unserer Bevölkerung bewahren werden. Dies sind wahrscheinlich die wichtigsten Punkte. Wir haben alles andere in unserem Land“.

Die 6. Allbelarussische Volksversammlung findet am 11./12. Februar statt. Der Staatschef unterzeichnete den entsprechenden Erlass zur Einberufung am 28. Dezember. Die Teilnehmer werden Hauptbestimmungen des Programms für die sozioökonomische Entwicklung von Belarus für 2021-2025 und Richtungen der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Landes besprechen. Die Gesamtanzahl der Teilnehmer und Eingeladenen soll 2700 Menschen betragen.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000022\\_1609253022\\_54892\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1609253022_54892_big.jpg)

### **snanews.de: Cyberangriff auf Bundestag: Russland dementiert Vorwürfe über Beteiligung „russischer Hacker“**

Dem russischen Außenministerium zufolge hat Deutschland nie ein wirkliches Interesse an einer Untersuchung des „russischen Hacker-Falls“ demonstriert.

Wie das russische Außenministerium weiter mitteilte, sei die Geschichte über die „russische Spur“ beim Hack der Computernetzwerke des Bundestags im Jahr 2015 von den deutschen Spitzenpolitikern lange Zeit als Teil einer politischen Kampagne gegen Russland konsequent gefördert worden. Dies sei getan worden, um einen Vorwand für den Beschluss eines neuen Pakets von einseitigen EU-Sanktionen gegen Russland zu schaffen, hieß es im russischen Außenamt.

Das russische Außenministerium betonte auch, dass Russland die deutschen Behörden mehrmals darum gebeten hätte, bilaterale Expertenkonsultationen abzuhalten, um die Quellen bössartiger Cyber-Aktivitäten zu identifizieren, die beweisen könnten, dass russische Bürger mit dem Hacker-Fall von 2015 zu tun haben. Die deutsche Seite hätte diese Vorschläge beharrlich ignoriert, so die russische Behörde.

„Dieses Vorgehen zeigt, dass Berlin nie wirklich an einer echten Untersuchung des sogenannten 'russischen Hackerfalls' interessiert war und die ganze Situation zunächst als weitere Provokation gegen unser Land konstruiert wurde“, so das russische Außenministerium.

Ende Mai hatte das Auswärtige Amt den russischen Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, einbestellt. Er war darüber informiert worden, dass die deutsche Generalstaatsanwaltschaft den russischen Staatsbürger Badin wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Hackerangriff auf den Bundestag im April-Mai 2015 auf die Fahndungsliste gesetzt hatte.

Am 22. Oktober hatte die Europäische Union zwei russische Staatsbürger und eine Organisation wegen ihrer angeblichen Beteiligung am Hackerangriff auf den Bundestag im Jahr 2015 auf die Sanktionsliste gesetzt. Die Liste umfasst „das 85.

Hauptspezialoperationszentrum des GRU“ sowie Dmitri Badin und Igor Kostjukow, die die EU als Mitarbeiter des Zentrums bezeichnet. Das EU-Cybersanktionsregime war im Mai 2019 in Kraft getreten. Die im Rahmen dieser Regelung vorgesehenen restriktiven Maßnahmen können das Einfrieren von Vermögenswerten sowie ein Reiseverbot in EU-Länder umfassen.

### **Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24

Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.  
In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.  
So wurde in den letzten 24 Stunden im Verantwortungsbereich der 92. Brigade die Stationierung von drei Schützenpanzern, vier Schützenpanzern, zwei Panzertransporter und vier gepanzerten Aufklärungsfahrzeugen im Gebiet von Troizkoje sowie von einem Panzertransporter in Popasnaja entdeckt. ...

Deu.belta.by: **Chrenin und Schoigu beraten militärische Sicherheit im Unionsstaat**

Es haben Telefonverhandlungen zwischen den Verteidigungsministern von Belarus und Russland, Wiktor Chrenin und Sergej Schoigu, stattgefunden. Das gab das Verteidigungsministerium von Belarus der Nachrichtenagentur BelTA bekannt.

Die Leiter der Verteidigungsbehörden erörterten aktuelle Fragen der belarussisch-russischen Zusammenarbeit. Es ging unter anderem um gemeinsame Veranstaltungen zur Gewährleistung der militärischen Sicherheit des Unionsstaates, Vorbereitung auf die für das nächste Jahr geplanten Veranstaltungen der Kampfausbildung, Veranstaltungen zum 75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg.

„Die Verteidigungsminister von Belarus und Russland gratulierten einander zum Neujahr und Weihnachten“, fügte die Behörde hinzu.

snanews.de: **Die „letzten in der Schlange“ – Afrika bei der Verteilung des Corona-Impfstoffs**

Während Europa langsam anfängt, Leute zu impfen, können andere Länder nichts tun als warten. Experten schätzen, dass ungefähr zwei Drittel aller Menschen weltweit sich noch ungefähr zwei bis drei Jahre gedulden müssen. 60 Millionen Menschen, die in Kriegsgebieten leben, könnten sogar ihre Hoffnung auf eine Impfung gänzlich aufgeben.

In dieser Woche fing Deutschland an, besonders gefährdete Personen mit dem Impfstoff von Biontech/Pfizer gegen das Coronavirus zu impfen. Damit ist es nur eins von vielen anderen westeuropäischen Ländern, die noch dieses Jahr zum Zuge kommen. Anders sieht das in weniger reichen Ländern aus. Viele afrikanische Staaten hätten demnach noch gar keine Impfdosen reserviert und würden diese erst viel später kriegen. Laut dem Leiter der Afrika Zentren für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten (Africa CDC), John Nkengasong, ist eine solche Verteilung „schrecklich zu sehen“. Reiche Länder erhielten den Impfstoff jetzt, während afrikanische Länder darauf verzichten, zitiert ihn die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ). Dieses Problem ist kein neues. Bereits im Sommer habe die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf diese Schwierigkeit hingewiesen. Laut der WHO hätte es „besorgniserregende Anzeichen“ dafür gegeben, dass afrikanische Staaten die „Letzten in der Schlange“ seien, wenn es um den Impfstoff geht. Eine Studie des „British Medical Journals“ zeigte, dass Staaten mit 14 Prozent der Weltbevölkerung sich bisher 51 Prozent des Impfstoffes reserviert haben. Somit hätten zwei Drittel der Weltbevölkerung bis mindestens 2022 keinen Zugang zu Impfstoffen.

**Lange Wartezeit entlarvt ein kaputtes System**

Die Hilfsorganisation das Rote Kreuz stellt ebenfalls besorgniserregende Prognosen: In einer Meldung warnte es davor, dass 60 Millionen Menschen in Kriegs- und Konfliktgebieten keinen Zugang zu Impfung erhalten werden. Auch Oxfam, eine Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, forderte bereits einen Impfstoff, der kostenlos und fair verteilt werden sollte. Die lange Wartezeit für den proportional größeren Teil der Weltbevölkerung „entlarvt ein kaputtes System“, zitiert der „Tages-Anzeiger“.

In einer Zählung der Nachrichtenagentur „Reuters“ haben sich nachweislich 2,5 Millionen Menschen mit dem Coronavirus auf dem afrikanischen Kontinent angesteckt. Auch wenn

viele afrikanische Staaten besser mit der Pandemie umgehen können, als die meisten amerikanischen oder europäischen Länder, ist dennoch eine zweite Welle in Afrika zu erkennen. Gerade in der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria, Mauretanien, Ghana und der Elfenbeinküste steigen die Zahlen drastisch. Auch in Südafrika, wo eine Mutation eines neuen Virus entdeckt wurde, zählten Behörden täglich zwischen 7500 und fast 15.000 Neuinfektionen in der vergangenen Woche.

### **Hoffnung auf Astra-Zeneca**

Während der Pfizer-Impfstoff schwer zu lagern und transportieren ist, legen Experte ihre Hoffnungen vor allem auf den Astra-Zeneca-Impfstoff. Die Lagerung kann bei Raumtemperatur stattfinden. Außerdem sei der Hersteller vertraglich verpflichtet, den Impfstoff für die Selbstkosten zu verkaufen. Das staatlich medizinische Forschungszentrum in Kenia (Kemri) behauptet auch, dass der Impfstoff von Astra-Zeneca besser für die Verteilung auf dem gesamten Kontinent geeignet ist. Um eine Herdenimmunität von 60% zu erreichen, benötige der gesamte Kontinent jedoch ungefähr 1,5 Milliarden Impfstoffdosen.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1d/330105\\_0:320:3072:2048\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_0395fa4344b215c4d0d74b70894dd67d.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1d/330105_0:320:3072:2048_1440x0_80_0_0_0395fa4344b215c4d0d74b70894dd67d.jpg)

**abends:**

### **wpered.su: Ein Donezker Schulkinderheim erhielt humanitäre Hilfe**

Kommunisten haben aus Anlass des bevorstehenden Neuen Jahrs humanitäre Hilfe an das Donezker Schulkinderheim Nr. 1 übergeben. Dies berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Das Schulkinderheim erhielt persönliche Hygienemittel, Haushaltschemie, Schreibwaren, Kleidung, Neujahrsgeschenke. Die humanitäre Hilfe war von Vertretern der gesellschaftlichen Organisation „Nadeshda Donbassa“ und der Deutschen Kommunistischen Partei gesammelt worden.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/12/Internat-7-1-768x432.jpg>

### snews.de: **Nach Karabach-Konflikt: Aserbaischans Präsident Alijew verspricht „echtes Paradies“ für Region**

Der aserbaischanische Präsident Ilham Alijew hat am Dienstag in einer Ansprache an seine Landsleute eine Vision der wunderbaren Zukunft für die Region Bergkarabach dargelegt, wo sich bis vor kurzem die Streitkräfte Aserbaischans und Armeniens Kämpfe geliefert haben.

„Ich bin zuversichtlich, dass wir in kürzester Zeit unsere durch die Besetzung und den Vandalismus Armeniens völlig zerstörte Heimatsregion Karabach in ein echtes Paradies verwandeln werden“, zitiert die staatliche Nachrichtenagentur AserTAG Alijew.

Innerhalb von 44 Tagen habe die aserbaischanische Armee den Gegner „vernichtend geschlagen und die territoriale Integrität des Landes wiederhergestellt“, hieß es weiter.

Mitte November hatte Aserbaischans Präsident bei einem Besuch im Gebiet Jabrail angekündigt, vor internationalen Gerichten für den in Bergkarabach angerichteten Schaden eine Entschädigung von Armenien verlangen zu wollen.

„Alles wurde zerstört, kein einziges ganzes Gebäude haben sie übriggelassen, nur ein Standort der Militärs wurde wieder aufgebaut. Der Rest der Infrastruktur, darunter Häuser, Schulen und öffentliche Gebäude, alles wurde buchstäblich zerstört“, zitierten damals Medien Alijew. ...

### armiyadnr.su: **Operative Informationen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen bewaffneten Formationen haben den Beschuss von Ortschaften im Süden der Republik aktiviert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Gnatows von den Positionen in einem Wohngebiet von Wodjanoje wieder **Leninskoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Brandgeschosse abgefeuert. Außerdem hat der Gegner von Positionen in Gebieten von Talakowka und Lebedinskoje 37 120mm-Mörsergeschosse auf **Kominternowo** abgefeuert. Informationen über Opfer unter der Bevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Unsere Verteidiger sind in Bereitschaft, adäquat auf die Handlungen des Gegners zu reagieren.

Wir merken an, dass der Gegner zum ersten Mal seit dem 27. Juli, seit Inkrafttreten des Komplexes von Zusatzmaßnahmen diese Art von Munition eingesetzt hat. Wie wir bereits zuvor erklärt hatten, arbeiten im Verantwortungsbereich der 36. Brigade der BFU ukrainische Propagandisten, die nach dem Plan des Kriegsverbrechers Gnatow inszenierte Videoreportagen über die Nichteinhaltung des Regimes der Waffenstillstands von Seiten der Republik erstellen sollen. Um die zu erstellenden Materialien glaubwürdiger zu machen, sind

Sprengungen von Häusern in den genannten Ortschaften geplant, die bewohnbar sind, aber zeitweilig leerstehen. In diesem Zusammenhang schließen wir weitere Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer nicht aus.

Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass die von der ukrainischen Seite eingesetzten 120mm-Brandmörsergeschossen unter gewissen Bedingungen als Massenvernichtungswaffen gelten und gemäß des von der UNO angenommenen „Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können“ verboten sind.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen, von der ukrainische Seite eine Einstellung des Feuers zu erreichen, die militärisch-politische Führung der Ukraine zu zwingen, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen, von der ukrainischen Seite schriftliche zu fordern, entsprechend dem vierten Punkt der Zusatzmaßnahmen genaue Ermittlungen zu dem Fall der Eröffnung des Feuers durchzuführen, um den Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade Gnatow strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.